

Israelische Panzer rollen in Nablus ein

Reaktion auf Attentate in Jerusalem - FBI an Ermittlungen beteiligt

NABLUS: Zwei Tage nach dem tödlichen Bombenanschlag in der Universität von Jerusalem sind israelische Truppen in der Nacht zum Freitag mit Dutzenden Panzern in die palästinensische Stadt Nablus im Westjordanland eingerückt. Bei der Militäraktion wurden nach Berichten von Augenzeugen mindestens drei Palästinenser erschossen.

Die Armeeführung sprach von einer gezielten Aktion gegen terroristische Gruppen. Laut Anwohnern nahmen die Soldaten rund 50 Männer fest.

Kurz nach Mitternacht stiessen etwa 150 gepanzerte Fahrzeuge von vier verschiedenen Seiten in das Zentrum von Nablus vor. Sie umstellten die historische Altstadt. Mehrere Trupps drangen danach zu Fuss in die engen Gassen ein, wie Einwohner berichteten. Zwei Palästinenser wurden tödlich getroffen, mehrere Häuser zerstört.

Im Nachbardorf Salem wurde das Haus eines Hamas-Aktivisten umstellt. Soldaten hätten dem 28-Jährigen Handschellen angelegt und ihn dann erschossen, sagte ein Nachbar. Die israelische Armee erklärte, Nablus diene als Zentrum der Aktivität von Terrorgruppen, angeführt von Hamas und Fatah. Diese Gruppen seien für meh-



Nach den beiden Attentaten in Jerusalem gehen israelische Truppen wieder gezielt gegen terroristische Gruppen vor.

re Anschläge der vergangenen Tage und Wochen verantwortlich. Der palästinensische Präsident Jassir Arafat sprach vom Beginn eines «neuen Mas-

sakers» und rief die UN zur Intervention auf. Nablus ist wie sechs weitere Städte im Westjordanland seit dem 20. Juni von israelischen Truppen besetzt.

Ein Teil der Bevölkerung hat in dieser Woche mehrfach bewusst das Ausgehverbot missachtet. In Hebron sprengten israelische Soldaten nach Militär-

berichten ein Haus, das der Familie eines Attentäters gehört habe. In Tulkarrem zerstörten die Truppen das Haus eines Hamas-Aktivisten, der im März 2001 drei Israelis erschossen haben soll. Auch im Gazastreifen wurden am Freitag zwei Palästinenser erschossen, zwei weitere Männer wurden verletzt. Hier kam es nach Berichten von Einwohnern zu einer Schiesserei, als israelische Truppen drei Gebäude an der Grenze zu Ägypten zerstörten. Nach Angaben der Streitkräfte handelte es sich um leer stehende Gebäude, von denen aus Geschosse abgefeuert worden seien.

Unterdessen berichteten israelische Medien, dass Generalstaatsanwalt Eljakim Rubinstein der Ausweisung zweier Angehöriger von Selbstmordattentätern aus dem Westjordanland in den Gazastreifen zugestimmt habe. Die beiden würden mit Anschlägen in Tel Aviv und nahe einer jüdischen Siedlung im Westjordanland in Verbindung gebracht, hiess es. Sie hätten sich gegen die Ausweisung an ein Militärgericht gewandt. Die Streitkräfte wollten dazu keine Stellung nehmen.

Nach dem Bombenanschlag der Hamas-Organisation auf die Hebräische Universität in Jerusalem hat sich auch die US-Bundespolizei FBI in die Ermittlungen eingeschaltet. Die Beamten arbeiteten eng mit den israelischen Behörden zusammen.

Türkei schafft die Todesstrafe ab

Damit kommt Ankara einer wesentlichen Forderung der EU nach

ANKARA: Das türkische Parlament hat am Freitag die Abschaffung der Todesstrafe in Friedenszeiten beschlossen. Damit kam die Türkei einer wesentlichen Forderung der Europäischen Union (EU) vor Beginn von eventuellen Beitrittsverhandlungen nach.

In der Nationalversammlung stimmten 256 Abgeordnete für einen entsprechenden Gesetzentwurf, 162 dagegen. Einer der 419 Parlamentarier, die an der Abstimmung teilnahmen, enthielt sich der Stimme.

Todesurteile wegen terroristischer Straftaten sollen nun in lebenslange Haft umgewandelt und von eventuellen Amnestien ausgenommen werden.



Türkischer Premierminister Ecevit bei der Abstimmung über die Todesstrafe.

Die nationalistische Partei der Nationalen Bewegung (MHP) kritisierte die Gesetzesänderung daher als «Begnädigung» des früheren PKK-Chefs Abdullah Öcalan.

Die Änderung ist Teil eines umfassenden Reformpakets, mit welcher der EU-Kandidat Türkei vor dem EU-Gipfel Ende des Jahres in Kopenhagen seine Chancen auf Beitrittsverhandlungen erhöhen will.

Haft für Schlepper

Teil des Pakets ist die Bekämpfung der Schlepperkriminalität. Künftig soll sie in der Türkei mit Haftstrafen zwischen zwei und fünf Jahren bestraft werden, beschloss das Parlament. Illegale Zuwanderer kommen häufig über

die Türkei nach Europa. Bislang gab es in der Türkei nur unzureichende gesetzliche Bestimmungen, um die Schlepperkriminalität zu bekämpfen.

Mit der Abstimmung über das Gesamtpaket, das unter anderem mehr Rechte für Kurden und christliche Minderheiten sowie eine Liberalisierung des Vereins- und Versammlungsrecht umfasst, wurde noch im Laufe der Nacht gerechnet.

Das seit Montag in Sondersitzung tagende Parlament hatte bei Beginn der Beratungen beschlossen, erst nach der Schlussabstimmung auseinander zu gehen. Die Entscheidung über die Todesstrafe galt als der kritischste Punkt in dem Bündel von Gesetzesänderungen.

Schwere Krise in Südamerika

MONTEVIDEO: In mehreren Ländern Südamerikas haben Wirtschaftskrisen, zunehmende soziale Not und politische Instabilität zu gewalttätigen Demonstrationen geführt. Im krisengeplagten Uruguay plünderten Arbeitslose, Hungernde und Gelegenheitsdiebe Geschäfte und Supermärkte. Innenminister Guillermo Stirling sagte, bei den Plünderungen müsse es sich wegen ihrer Gleichzeitigkeit um geplante Aktionen gehandelt haben. Die Ausschreitungen hatten bereits am Mittwoch - einen Tag nach der Zwangsschliessung der Banken - begonnen und sich gestern erheblich ausgeweitet. Die Lage beruhigte sich erst am Freitagmorgen angesichts eines Grossaufgebots der Polizei in der Hauptstadt Montevideo.

Versöhnlicher Saddam?

Bagdad lädt Waffeninspektor der UNO ein

BAGDAD: Der Irak hat UNO-Chefinспекtor Hans Blix in einem Schreiben an UNO-Generalsekretär Kofi Annan am Freitag zu Gesprächen nach Bagdad eingeladen. Die USA halten trotz möglicher Inspektionen an ihrem Ziel eines Machtwechsels fest.

Laut dem Sprecher des Nationalen Sicherheitsrats der USA steht der Umsturz des irakischen Präsidenten Saddam Hussein nicht im Zusammenhang mit der geforderten Rückkehr der UNO-Waffeninspektoren. Der irakische Aussenminister Nadschi Sabri sagte in Bagdad, mit Chefinспекtor Hans Blix soll über eine mögliche Wiederaufnahme der seit 1998 ausgesetzten Inspektionen diskutiert werden. Der UNO-Sicherheitsrat werde sich nicht mit der Einladung befassen, sagte der Sprecher der US-Botschaft bei den Vereinten Nationen, Richard Grenell. Das Schreiben aus Bagdad «betreffe den Weltsicherheitsrat nicht». Annan jedoch will die Einladung vor einer Entscheidung mit dem Weltsicherheitsrat erörtern.

Die britische Regierung reagierte mit Skepsis auf die Einladung. Ein Sprecher des Londoner Aussenministeri-

ums sagte, der irakische Staatschef Saddam Hussein habe in der Vergangenheit immer wieder «Spiele gespielt». Das russische Aussenministerium bezeichnete die Einladung hingegen als «wichtigen Schritt in die richtige Richtung».

Aufhebung der Sanktionen?

Die Einladung Iraks erfolgte genau am zwölften Jahrestag des irakischen Einmarschs in Kuwait. Die von Blix geleitete UNO-Kommission zur Kontrolle des irakischen Waffenarsenals (UNMOVIC) soll die Zerstörung von Bagdads Massenvernichtungswaffen bestätigen. Der Irak drängt vor allem auf eine Aufhebung der von den USA verhängten Sanktionen. Die US-Regierung verlängerte jedoch in der Nacht zum Freitag das Wirtschaftsembargo gegen Irak um ein weiteres Jahr.

Die Entscheidung sei aufgrund der «feindlichen Aktionen» Bagdads gegen die Interessen der USA getroffen worden, teilte das Weisse Haus mit. Die USA hatten die Sanktionen nach dem Einmarsch der irakischen Truppen in Kuwait verhängt und zugleich irakische Konten in den USA eingefroren. Beide Strafmassnahmen wurden immer wieder verlängert.

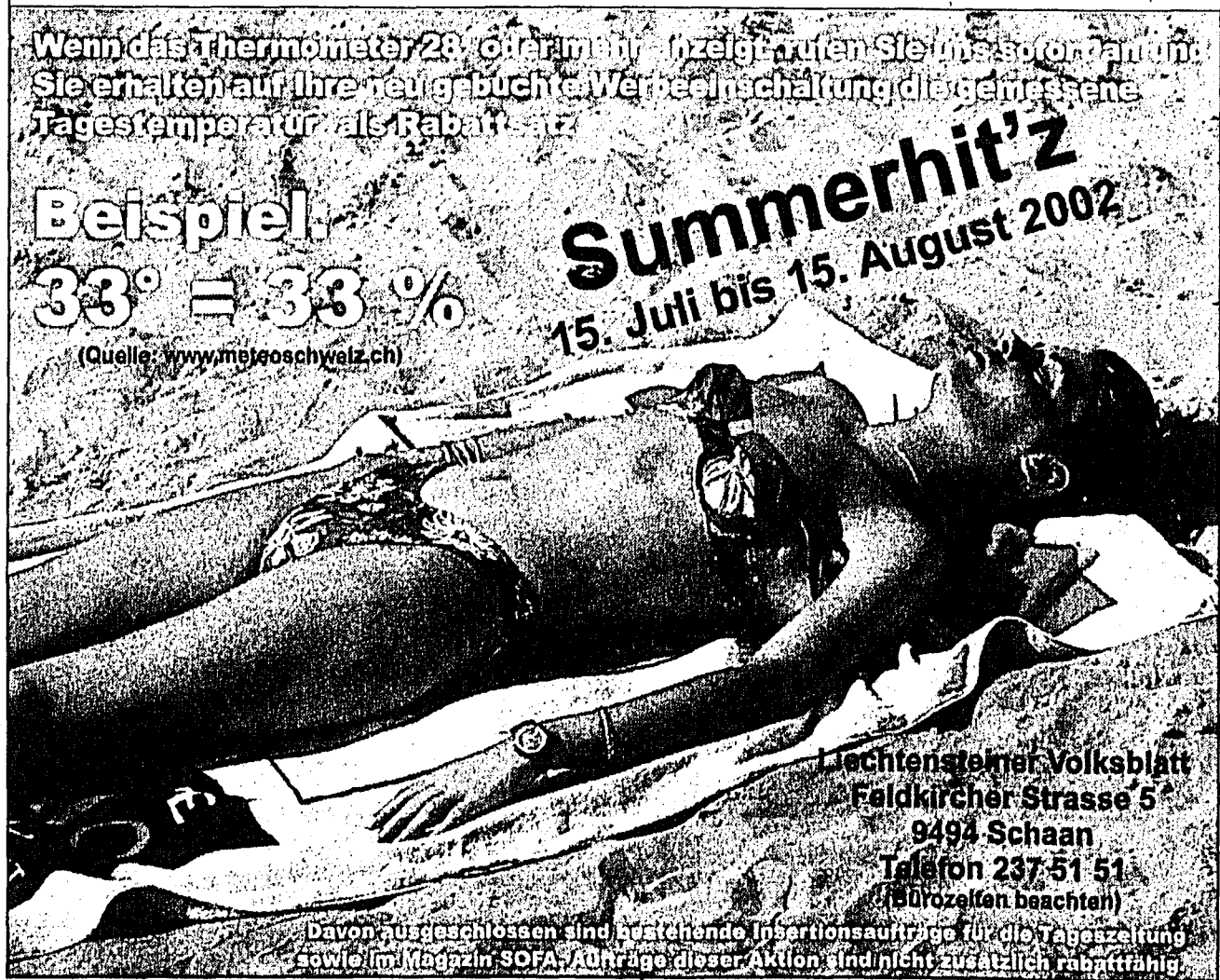
Schwitzen und sparen

Wenn das Thermometer 28 Grad anzeigt, sparen Sie 33% an den Energiekosten auf Ihre neu gebuchte Werbeinschaltung! Tages-Temperatur als Rabatt.

Beispiel:
33° = 33%

(Quelle: www.meteoschweiz.ch)

Summerhit'z
15. Juli bis 15. August 2002



Liechtensteiner Volksblatt
Feldkircher Strasse 5
9494 Schaan
Telefon 237 51 51
(Bürozellen beachten)

Davon ausgeschlossen sind bestehende Inserationsaufträge für die Tageszeitung sowie im Magazin SOFA. Anfrage dieser Aktion sind nicht zusätzlich rabattfähig.